

Bern, 20. August 2009

SGB-Pressekonferenz: Lohnforderungen der SGB-Gewerkschaften

**Das öffentliche Personal will nicht die Steuergeschenke der letzten Jahre bezahlen
Wir verlangen Arbeitszeitentlastung, Schaffung neuer Stellen, Investitionen**

In den vergangenen Jahren verzeichneten Bund, Kantone und Gemeinden deutlich gestiegene Einnahmen. Statt in guten Zeiten Reserven für Krisensituationen aufzubauen, verschenkten viele Gemeinwesen diese Einnahmen in Form von Steuersenkungen. Profiteure dieser Geschenke waren Unternehmungen, Spekulanten, Reiche und Super-Reiche.

Milliarden von öffentlichen Geldern wurden eingesetzt, die Folgen des Versagens der Manager der Finanzbranche abzdämpfen. Auf der anderen Seite brechen nun die Einnahmen ein wegen Steuerausfällen infolge der Wirtschaftskrise, aber auch wegen Steuergeschenkpaketten, die von Regierungen und Parlamenten trotz Krise unbeirrt weiter geschnürt und umgesetzt werden.

Im öffentlichen Dienst gibt es keine „Absatzkrise“. Im Gegenteil, die „Auftragsbücher“ sind voll und wachsen. Die Aufgaben und die Arbeitslast nehmen laufend zu, sei es im Gesundheitswesen, in den Sozialdiensten, in der Bildung, im Unterhalt der öffentlichen Infrastruktur, im öffentlichen Verkehr, in der Sicherheit usw.

- Wir verteidigen die Löhne und Lohnsysteme gegen Abbaupläne.
- Für Stufenanstiege und Beförderungen müssen die notwendigen Mittel (1,5 bis 2%) eingesetzt werden.
- Im öffentlichen Dienst müssen, gerade jetzt, zusätzliche Stellen geschaffen werden, Arbeit hat es mehr als genug.
- Wir fordern eine Verkürzung der Arbeitszeiten und mehr Ferien – und volle Kompensation durch Schaffung zusätzlicher Stellen. Im Service public sind die Arbeitszeiten länger und die Ferien kürzer als in den meisten Branchen – gerade in der Krise können jetzt neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Investitionen in die Zukunft - ein Gebot der Stunde

Zum einen ist es ein ökonomisches Muss, dass Bund, Kantone und Gemeinden ihre klassischen Investitionsvorhaben jetzt durchführen und damit die Binnenwirtschaft stützen können. Zum anderen gilt es aber zusätzlichen Herausforderungen für den Service public ins Auge zu blicken und jetzt zu handeln: Im Bildungsbereich sind wir jetzt schon mit einem Lehrermangel konfrontiert, der sich mit einer wieder anziehenden Konjunktur massiv akzentuieren wird. Hier gilt es, mit guten Arbeitsbedingungen den Lehrberuf wieder attraktiv zu machen.

Noch dramatischer sieht die mittel- und längerfristige Entwicklung im Gesundheitssektor aus. Ohne eine massive Ausbildungsoffensive der öffentlichen Hand wird es schwierig werden, die Bedürfnisse der Bevölkerung decken zu können. Eine Ausbildungsoffensive für Gesundheitsberufe kann gerade jetzt auch mithelfen, jungen Menschen eine Perspektive für ihr Berufsleben zu geben.